Netzwerk Wissenschaftsfreiheit e. V.

E-Mail: anfragen@netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de

An die Präsidentin der BTU Cottbus-Senftenberg
Prof. Dr. Gesine Grande
Per Email

An die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
des Landes Brandenburg
Dr. Manja Schüle
Per Email

Stuttgart, 19. Mai 2025

Offener Brief zum „Monitoring gegen Rechts“ an der BTU Cottbus-Senftenberg und der Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Grande,
sehr geehrte Frau Dr. Schüle,

mit Besorgnis nehmen wir die Aktivitäten der Brandenburgisch-Technischen Universität Cottbus-Senftenberg hinsichtlich eines „Monitoring gegen Rechts“ (<https://www.b-tu.de/monitoring-gegen-rechts>) zur Kenntnis und bitten darum, die Geltung des Grundgesetzes im Hinblick auf die Freiheit von Forschung und Lehre durchzusetzen.

Es ist grundsätzlich begrüßenswert, wenn Universitäten sich gegen Rechtsextremismus – wie gegen jede Form verfassungsfeindlichen Extremismus – engagieren. Jedoch ist die Grundaussage, nicht nur rechtsextreme, sondern insgesamt „rechte“ Einstellungen zu problematisieren, mit dem Wertekanon des Grundgesetzes nicht vereinbar: rechtsliberale und rechtskonservative Einstellungen sind von den Grundrechten geschützte und legitime politische Positionen.

Darüber hinaus werden unter der Rubrik „Was wird dokumentiert?“ (<https://www.b-tu.de/monitoring-gegen-rechts/was-wird-dokumentiert>) als „Bestandteile (extrem) rechter Ideologie und Diskriminierungsformen“ eine Reihe an Aussagen getätigt, die ebenfalls nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Zwar sind Diskriminierungen wegen Merkmalen wie Abstammung, Herkunft, „Rasse“ (Hautfarbe), Religion usw. nach Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz unzulässig. Diese Bestimmungen sind auch für die Universität verpflichtend. Allerdings zeigt ein näherer Blick, dass die Ausführungen nicht mit den im Grundgesetz genannten Kriterien deckungsgleich sind. Das gilt etwa

für die Aussage „Sexismus ist eine Ideologie, die die Menschheit in zwei dichotome Geschlechter einteilt“. Die Einteilung der Menschen in zwei reproduktionsbiologische Geschlechter – männlich und weiblich – ist eine weithin vertretene und legitime wissenschaftliche Position. Diese Position in Forschung und Lehre zu vertreten, fällt vollumfänglich unter den Schutz der Wissenschaftsfreiheit. Hochschullehrer, die diese Position vertreten, müssen im Gegenteil gegen illegitime Anfeindungen von Studierenden und Dritten geschützt werden. Die Unterscheidung in Männer/männlich und Frauen/weiblich ist, wie wir erwähnen dürfen, auch in der Verfassung selbst vorausgesetzt: In Art. 3 Abs. 2 Satz 1 heißt es „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Die Nichterwähnung der Abwertung und Diskriminierung von Menschen anderer Religionen, wie sie etwa vom Islamismus propagiert wird, erscheint vor diesem Hintergrund ebenfalls als bedenklich. Eine solche Abwertung ist nach dem Wertekatalog des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz genauso unzulässig wie eine Diskriminierung nach Abstammung, Herkunft, „Rasse“, Geschlecht etc. Ihre Nichterwähnung wirft den Verdacht auf, dass islamistische Haltungen nicht als in derselben Weise problematisch angesehen werden wie die übrigen, als „rechts“ bezeichneten Ideologien. Das entspricht zwar einer verbreiteten Haltung, die Muslime – auch wenn sie islamistische Haltungen zeigen – grundsätzlich als Opfergruppe ansieht. Eine solche Privilegierung ist jedoch weder sachgerecht noch grundgesetzlich vorgesehen.

Die Ausführungen zum Geschichtsrevisionismus sind zwar als solche nicht problematisch und im Gegenteil oft inhaltlich zustimmungswürdig. Im Zusammenhang mit historisch fragwürdigen Aussagen im Text halten wir sie jedoch für bedenklich. So wird behauptet, das „traditionelle“ Geschlechterverhältnis sei nicht älter als 200 Jahre. Wir empfehlen hier das Studium der Literatur zur römischen *patria potestas* oder zu den Keilschriftrechten des Alten Orients, die beispielhaft bereits patriarchale Gesellschaften in der Antike bezeugen, wie sie weltweit damals bekannt waren. Die Aussage, Rassismus sei während der Kolonisierung im 16. Jahrhundert entstanden, verkennt den arabischen Hautfarbenrassismus, der schon im Hochmittelalter aufgekommen ist. Die Aufarbeitung der Geschichte sollte dem historischen Fachdiskurs überlassen bleiben. Es ist nicht die Aufgabe der Universität, in politisch aufgeladenen Zusammenhängen intellektuelle Konformität zu mandatieren. Im Gegenteil, die Hochschulen haben die Aufgabe, die diskursive, auch strittige Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu unterstützen.

Daher fordern wir Universität und Ministerium zur Überprüfung der Aktion auf. Die Wissenschaftsfreiheit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer muss gegenüber rechtlich und inhaltlich unhaltbarer Diffamierung geschützt werden. Wir befürchten, dass Plattformen wie das „Monitoring gegen Rechts“ solchen Diffamierungen Vorschub leistet.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit e.V.